

DIE LINKE.

Wahlzeitung zur Bundestagswahl am 24. September 2017 • www.die-linke.de

Frieden

**Abrüsten!
Waffenexporte
stoppen**

DIE LINKE will Militärausgaben senken und in Schulen und Kitas investieren. **Seite 4**

Mehr im Geldbeutel

Niedrigere Steuern auf kleine und mittlere Einkommen, mehr Geld für Kinder. **Seite 2**

Weniger Beitrag, mehr Leistung

Von der Solidarischen Gesundheitsversicherung profitiert die Mehrheit. **Seite 7**

Mindestlohn auf 12 Euro anheben

Damit niemand trotz Arbeit arm sein muss. **Seite 9**

Rente rauf und mindestens 1.050 Euro

Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden, um Altersarmut zu verhindern. **Seite 9**

Kindergeld auf 328 Euro erhöhen

Damit Kinderarmut abnimmt und nicht wächst. **Seite 10**



Für ein soziales Europa

Gregor Gysi kämpft gegen Finanzminister Schäubles Kürzungspolitik. **Seite 4**

Politik darf nicht käuflich sein

Unternehmensspenden an Parteien müssen verboten werden. **Seite 11**

Superreiche zur Kasse

Nur DIE LINKE hat den Mut, eine Millionärsteuer einzuführen. **Seite 12**

Gute Gewinne sind möglich

LINKES Rätsel mit Preisen für eine bessere Welt **Seite 11**

Interview
Seite 3

Das Spitzenduo der LINKEN zur Bundestagswahl: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch

Gerechtigkeit ist wählbar!

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land

Am 24. September ist Bundestagswahl. Sie wird entscheidend für das Land. Wie es hierzulande weitergeht, hängt davon ab, wie stark DIE LINKE wird. Es hängt von Ihrer Stimme ab!

Soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Abrüstung und Frieden. Dafür treten wir an. Wir akzeptieren nicht, dass Kinder in Armut aufwachsen und gleichzeitig die Zahl der Millionäre und Milliardäre steigt. Wir finden uns nicht damit ab, dass fast überall Geld fehlt – in Schulen, Krankenhäusern, beim Wohnungsbau –, die Ausgaben für Rüstung und Krieg jedoch verdoppelt werden sollen.

Viele Menschen fragen sich, ob ihre Rente zum Leben reichen wird. Ob die Arbeit, die Wohnung, die Zukunft sicher sind. Wir wollen gute und sichere Arbeit mit höheren Löhnen statt prekärer Jobs. Das macht das

Leben planbar. Wir wollen, dass die Rente für ein Leben in Würde reicht – für alle. Wir besteuern Millionäre und Milliardäre stärker fürs Gemeinwesen. Dann ist das Geld da: für gute Schulen, bezahlbare Wohnungen, mehr Personal in Krankenhaus

und Pflege. Und wir schaffen ein festes Netz von sozialer Sicherheit: Wer Kinder erzieht, wer erwerbslos ist, wer Pflege braucht oder krank wird, darf nicht von Armut bedroht sein. Wir wollen Deutschland zum Abrüstungsweltmeister machen und die

Milliarden, die Kanzlerin Merkel in Aufrüstung stecken will, für soziale Gerechtigkeit und für Investitionen einsetzen, die allen zugutekommen.

Wir wollen das Land verändern. Wir wollen es sozialer und gerechter machen! Unsere Pläne sind konkret und bezahlbar. Wir machen Druck, wir bringen Bewegung und Spannung in die Politik. Wir sagen: Die Dinge müssen und dürfen nicht bleiben, wie sie sind. Alle anderen Parteien sind bereit, die Politik der letzten Jahre fortzusetzen. Alle anderen stehen Angela Merkel als Koalitionspartner zur Verfügung. Wir nicht! Wir wollen eine soziale und demokratische Wende im Land. Gegen ein Weiter so in der Politik. Dafür braucht es eine starke LINKE. Lassen Sie uns gemeinsam etwas bewegen und wählen Sie am 24. September DIE LINKE!



LINKER Protest gegen unsichere Jobs

Krise auf dem Wohnungsmarkt beenden



Das soll aufhören: lange Warteschlangen bei Wohnungsbesichtigungen

Deutschland hat ein gewaltiges Wohnungsproblem: Seit Jahren steigen die Mietpreise wie verrückt. Wohnraum fehlt, vor allem in Großstädten und Ballungsräumen. Immer mehr Menschen suchen vergebens nach bezahlbarem Wohnraum. Bei vielen frisst die Miete mittlerweile den Großteil des Einkommens auf. Besonders krass ist die Situation in Großstädten: Hier ist Wohnungsnot längst nicht mehr nur das Problem von Menschen mit geringem Einkommen. Selbst gut Verdienende finden kaum

noch eine Wohnung, weil der Markt wie leer gefegt ist oder die Mieten zu hoch sind. Seit Jahren sind diese Probleme bekannt. Doch die herrschende Politik hat nichts unternommen. Mit Wohnungen darf immer noch spekuliert werden wie mit Aktien. Konzerne können ganze Stadtteile aufkaufen und aus den Mieterinnen und Mietern herauspressen, was sie wollen. Die Mietpreisbremse von Union und SPD ist wirkungslos geblieben. Die Wohnungskrise kann nur mit schnell wirksamen Maßnahmen

überwunden werden. Deswegen fordert DIE LINKE eine wirkliche Mietpreisbremse, flächendeckend und ohne Schlupflöcher, und den Bau von jährlich mindestens 250 000 Sozialwohnungen. DIE LINKE will den sozialen, kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbau stärken und ein Verbot der Spekulation mit Wohnraum. Das Ziel: Niemand soll mehr als ein Drittel seines Nettoeinkommens für die Miete ausgeben müssen. **Mehr zum Programm der LINKEN gegen die Wohnungskrise auf Seite 5**



Katja Kipping und Bernd Riexinger

Liebe Wählerinnen und Wähler,

DIE LINKE ist die erste Adresse für soziale Gerechtigkeit – und zwar für alle. Wir laden Sie dazu ein, sich unser Programm in Ruhe anzuschauen und sich selbst eine Meinung zu bilden. Wir wollen mehr Geld für Bildung und Kitaausbau, für gute Gesundheitsversorgung und menschenwürdige Pflege, für bezahlbares Wohnen und Klimaschutz. Für uns steht die Forderung der Krankenpflegerin nach mehr Personal und höherem Lohn ebenso im Mittelpunkt wie der Schutz von Kindern und Rentnerinnen und Rentnern vor Armut. Das Recht auf Asyl ist für uns so unumstößlich wie das Recht auf gute Bildung und einen Ausbildungsplatz für unsere Kinder. Frauen müssen für gleichwertige Arbeit endlich den gleichen Lohn bekommen. Junge Menschen wollen Zukunftsperspektiven statt Dauerstress und Konkurrenzdruck: Wir treten für sichere und selbstbestimmtere Arbeit ein – für alle. Es ist gerecht für alle, wenn die Reichen endlich ihren Beitrag leisten. Eine Vermögensteuer für Superreiche wieder einzuführen – das traut sich (leider) nur DIE LINKE. Sozial gerecht für alle – das heißt auch: höhere Löhne und weniger Steuern für die Mehrheit. Wir kämpfen für gleiche Rechte für alle, die hier leben, und für die, die zu uns kommen. Denn: Sozial gerecht für alle gilt für uns ohne Ausnahme. Alle Menschen in unserem Land sollen sich dort, wo sie leben, auch wirklich sicher fühlen. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer und gerechter das Land.

Katja Kipping und Bernd Riexinger sind Vorsitzende der Partei DIE LINKE

Die Zukunft, für die wir kämpfen

So würden Sie vom Programm der LINKEN profitieren

Familien soll die Bildung und Betreuung der Kinder nichts kosten. Das Elterngeld muss verbessert werden. Wir wollen gebührenfreie Kitas mit mehr Personal und kostenfreiem Essen für alle Mädchen und Jungen. In Bus und Bahn müssen Kinder freie Fahrt haben. Mütter und Väter sollen die Möglichkeit haben, Beruf, Familie und Freizeit besser unter einen Hut zu bekommen – mit flexiblen Arbeitszeiten von um die 30 Stunden pro Woche. Zudem soll das Kindergeld auf 328 Euro steigen. Langfristig setzt sich DIE LINKE für eine Kindergrundsicherung für alle Kinder von 573 Euro ein.

Alleinerziehende tragen eine immense Belastung. Für sie ist der Ausbau öffentlicher Angebote, etwa zur Ganztagsbetreuung, besonders wichtig. Viele werden in unfreiwillige Teilzeit, Mini- und Midijobs und damit in Altersarmut abgedrängt. DIE LINKE fordert soziale Absicherung: Ab dem ersten Euro muss eine volle Pflicht zur Sozialversicherung gelten.

Erwerbstätige sollen zu guten Bedingungen arbeiten. Die Gewerkschaften sollen stärker werden, damit mehr Menschen einen tarifvertraglich abgesicherten Arbeitsvertrag bekommen und die Löhne steigen. Der Mindestlohn soll auf 12 Euro steigen. Wer arbeitet, soll nicht auf Aufstockerleistungen vom Jobcenter angewiesen sein. Mit dem Steuerkonzept der LINKEN wird entlastet, wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient.

Erwerbslose brauchen Unterstützung statt Gängelung, zum Beispiel einen Rechtsan-

spruch auf Weiterqualifizierung. Arbeitslosengeld I muss länger gezahlt werden. DIE LINKE will Hartz IV abschaffen und durch eine armutsfeste Mindestsicherung von 1.050 Euro ersetzen – ohne Sanktionen. DIE LINKE will 300 000 sozialversicherungspflichtige und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze im Bereich öffentlich geförderter Beschäftigung für Langzeiterwerbslose und Geflüchtete schaffen. Ein Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr und die soziale BahnCard sollen zudem sicherstellen, dass auch Menschen ohne viel Geld mobil sind.

Mieterinnen und Mieter sollen mehr Rechte haben. Die Kündigung wegen Eigenbedarfs soll schwerer gemacht werden. DIE LINKE will Spekulation mit Wohn-

raum beenden, bestehende Mieten einfrieren und Immobilienfonds die Zulassung entziehen. Die Mietsteigerungen werden endlich wirksam gestoppt, Mieten in Stadtteilen mit besonders hohen Wohnkosten werden eingefroren oder auf 8,50 Euro gesenkt. Jährlich sollen 250 000 neue Sozialwohnungen hinzukommen und dauerhaft bleiben. Die Sozialbindung soll künftig ohne Befristung wirksam sein.

Rentnerinnen und Rentner hätten mit dem Konzept der LINKEN im Schnitt 130 Euro mehr im Monat. DIE LINKE ist die einzige unter den großen Parteien, die das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben will. Jede und jeder soll mit 65 abschlagsfrei in den Ruhe-

stand gehen können. Niedrige Einkommen sollen bei der Rentenberechnung aufgewertet werden. Für alle, die wenig haben, soll eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro den Lebensstandard im Alter sichern. Die Rentenangleichung Ost-West soll sofort und ohne Ausnahmen vollzogen werden. Riester-Verträge müssen in die gesetzliche Rente überführt werden.

Pflegekräfte sollen entlastet und endlich gerecht entlohnt werden. DIE LINKE will mehr Personal und bessere Löhne in der Pflege und in den Kliniken. Insgesamt 160 000 neue Stellen sollen in Krankenhäusern geschaffen werden. Gesetzliche Vorgaben für die Personalausstattung müssen eingeführt werden. Davon haben auch **Patientinnen und Patienten** etwas. DIE LINKE fordert eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen. So ist genug Geld da für zusätzliches Personal und eine gute Ausstattung der Krankenhäuser. Alle werden gleich gut behandelt. Medikamente, Brillen und Zahnersatz sollen zuzahlungsfrei sein.

Studierende sollen ohne finanzielle Sorgen lernen können. DIE LINKE lehnt Studiengebühren ab. Ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro netto für alle soll das bisherige System ersetzen. Der Bund soll Hochschulen finanzieren dürfen, damit die Studienbedingungen besser werden.

Michael Breyer



Das komplette Wahlprogramm im Internet: www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm

Den Alltag besser machen. Heute und morgen

Mehr Personal in Bildung und Gesundheit, neue Sozialwohnungen, besserer Nahverkehr

An vielen Ecken knirscht es im Alltag: Kinderbetreuung ist knapp, Schulen sind marode, bezahlbare Wohnungen sind rar. Büchereien, Schwimmbäder, Theater schließen. Öffentliche Angebote werden an private Unternehmen gegeben, die Profit machen. Das bedeutet: hohe Gebühren und Eintrittspreise. Wer sich die nicht leisten kann, bleibt außen vor. **DIE LINKE wird nachholen, was die Regierungen in den vergangenen Jahren versäumt haben:** Ein Programm für die Zukunft, das öffentlich – von

Bund, Ländern und Kommunen – getragen und ausreichend finanziert ist. In die Zukunft investieren bedeutet: mehr Kitaplätze und mehr Erzieherinnen und Erzieher – mit besserer Bezahlung. Schulen werden renoviert, die Klassen werden kleiner und die Betreuungszeiten länger – durch mehr pädagogisches Personal. In der Altenpflege entstehen mehr Arbeitsplätze und bessere Heime. Jedes Jahr werden mindestens 250 000 zusätzliche Sozialwohnungen geschaffen. In die Zukunft investieren bedeu-

tet: mehr Busse und Bahnen im öffentlichen Personennahverkehr – barrierefrei, sichere Straßen und mehr Radwege. Gemeinden und Kommunen bekommen mehr Mittel und mehr Personal, sodass sie wieder bürgernah funktionieren. Schwimmbäder, Kultur- und Sporteinrichtungen werden besser finanziert. Überall wird schnelles Internet verfügbar sein. DIE LINKE investiert in saubere Energie und macht die Privatisierung von Strom- und Wasserversorgung rückgängig. Im Alltag wird zu spüren sein:

Das Leben funktioniert einfacher. **Das Programm der LINKEN ist durchgerechnet und finanzierbar.** 120 Milliarden Euro kostet es, die Bundesrepublik zu einem modernen Staat mit guten Angeboten umzubauen – für alle Menschen, die hier leben. 60 Milliarden Euro werden durch gerechte Steuern von Superreichen und Konzernen finanziert. Weil das Programm Hunderttausende Arbeitsplätze schafft und die Wirtschaft stärkt, fließen 60 Milliarden Euro durch höhere Einnahmen an den Staat zurück.

DIE LINKE will

- 120 Milliarden in öffentliche Infrastruktur stecken
- Arbeitsplätze vor allem in Bildung, Gesundheit, Pflege und Bauwirtschaft schaffen
- mehr bezahlbaren Wohnraum und damit die Mieten für alle senken
- Wirtschaft und Energieversorgung ökologisch und sozial verträglich umbauen.

»Wir legen uns mit den Mächtigen an«

Wie DIE LINKE den Sozialstaat wiederherstellen will und wie eine friedliche Außenpolitik das Land sicherer macht, darüber sprechen Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, das Spitzenduo der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl

Für wen lohnt es sich, am 24. September DIE LINKE zu wählen?

Sahra Wagenknecht: Es lohnt sich für alle – außer vielleicht für das eine Prozent Superreiche. Wenn sich unsere Forderungen durchsetzen, würde es der großen Mehrheit der Bevölkerung deutlich besser gehen als heute.

Aber es heißt doch immer, den Deutschen gehe es unter Angela Merkel so gut wie nie zuvor?

Wagenknecht: In unserem Land sind 2,7 Millionen Rentnerinnen und Rentner von Armut bedroht, jeder fünfte Beschäftigte arbeitet im Niedriglohnsektor und 6,5 Millionen Menschen sind im Hartz-IV-System gefangen. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war die Angst vor sozialem Abstieg so weit verbreitet wie heute.

Dietmar Bartsch: Wenn zwei Millionen Kinder von Armut bedroht sind, wenn alte Menschen im Müll nach Flaschen suchen müssen und Arbeit nicht mehr vor Armut schützt, zugleich aber der private Reichtum einiger weniger rasant wächst, dann stimmt etwas Grundlegendes in unserer Gesellschaft nicht. Es ist Zeit für einen Politikwechsel.

Worin besteht dieser?

Bartsch: Der Sozialstaat muss wiederhergestellt werden und die Balance in der Gesellschaft muss wieder stimmen.

Wie kann das gelingen?

Wagenknecht: Indem man sich mit den Mächtigen und Reichen anlegt, statt sich von ihnen kaufen zu lassen. Ohne eine gerechte Besteuerung der Konzerne und riesiger Vermögen ist eine Wiederherstellung des Sozialstaats unmöglich. Deswegen will DIE LINKE eine Vermögensteuer



Kämpfen für einen Politikwechsel in Deutschland: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch vor dem Reichstag in Berlin.

für Multimillionäre. Und den Steuersparmodellen der Konzerne muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Da liegt das Geld, das wir brauchen, um Armut zu verhindern und es in gute Bildung, Gesundheit, Pflege und in den Wohnungsbau zu investieren. Leider hat nur DIE LINKE diesen Mut. Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm auf eine Vermögensteuer verzichtet. Kein Wunder, sie will ja auch lieber mit der FDP regieren.

Bartsch: Zudem müssen die Sozialversicherungssysteme, die den Kern des Sozialstaats ausmachen, wieder gestärkt werden. Es kann nicht sein, dass sich Unternehmen und Vermögende wegdrücken dürfen, wenn es um deren Finanzierung geht. Deswegen will DIE LINKE die gesetzliche Rente stärken, indem alle einzahlen, auch Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Abgeordnete. Österreich macht es vor: Rentner erhalten dort im Durchschnitt 800 Euro mehr im Monat.

Auch bei der Krankenversicherung gibt es eine Schiefelage, seitdem die Arbeitgeber aus der Verantwortung entlassen wurden...

Bartsch: ... darum setzt sich DIE LINKE für eine Solidarische Gesundheitsversicherung ein, bei der unter anderem Arbeitgeber wieder den gleichen Beitrag wie die Arbeitnehmer zahlen. Das ist sozial gerecht und führt dazu, dass der Beitragssatz von derzeit durchschnittlich 15,7 Prozent auf unter 12 Prozent

sinkt. Zusatzbeiträge und Zuzahlungen entfallen dann.

Seit Jahren ist in Deutschland vom Jobwunder die Rede, die Wirtschaft boomt. Ist das nicht eine Erfolgsmeldung?

Wagenknecht: Nur wer sich der Realität verweigert, kann die massive Zunahme schlecht bezahlter, unsicherer Jobs als »Jobwunder« verkaufen. Vierzig Prozent der Bevölkerung haben heute real weniger Einkommen als noch Ende der 1990er Jahre. Viele können sich nicht einmal mehr einen einwöchigen Urlaub leisten.

Bartsch: Das muss sich ändern. Es ist ein Unding, dass ausge-rechnet diejenigen, die die Gesellschaft am

»Nur mit einer starken LINKEN gibt es kein Weiterso.«
Sahra Wagenknecht

Laufen halten, oft in Minijobs und zu Niedriglöhnen schuften. Der gesetzliche Mindestlohn muss zügig auf 12 Euro pro Stunde erhöht werden.

Warum hat DIE LINKE im Bundestag gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr gestimmt?

Wagenknecht: Eine Beteiligung an den Rohstoffkriegen der USA, die ganze Länder zerstören und Hunderttausende Menschen das Leben gekostet haben, ist unverantwortlich. Das Gleiche gilt für die illegalen Drohnenmorde. All das stärkt letztlich nur die

islamistischen Terroristen und hat inzwischen auch Deutschland zur Zielscheibe des Terrors gemacht.

Bartsch: Waffen schaffen keinen Frieden, Terror lässt sich nicht mit Krieg bekämpfen.

Deutschland muss zu einer friedlichen Außenpolitik zurückkehren, die Waffenexporte und militärische Abenteuer beendet. Deutschland sollte Abrüstungsweltmeister werden.

Wie will DIE LINKE ihre Forderungen umsetzen?

Bartsch: Durch das Schaffen von Mehrheiten. Je mehr Menschen uns unterstützen, desto größer wird der Druck für die anderen Parteien, auf unsere Forderungen einzugehen. Manchmal sind das kleine Schritte, manchmal auch große, wie etwa die Einführung des Mindestlohns. **Wagenknecht:** CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne unterscheiden sich politisch kaum noch. Sie haben in den zurückliegenden 20 Jahren gemeinsam die Renten gekürzt, einen großen Niedriglohnsektor und das demütigende Hartz-IV-Regime geschaffen sowie Steuergeschenke an die Reichen verteilt. Das war Politik für die oberen Zehntausend, nicht für die Mehrheit der Bevölkerung. Nur mit einer starken Linken gibt es kein Weiterso.

Worauf können sich Wählerinnen und Wähler verlassen, wenn sie für DIE LINKE stimmen?

Wagenknecht: DIE LINKE ist nicht käuflich. Wir sind die einzige Partei, die noch nie einen Euro Spenden von der Deutschen Bank oder einem Rüstungskonzern bekommen hat. Und ich verspreche, das wird auch so bleiben. Denn wir machen Politik für Beschäftigte, Arbeitslose, Rentner, kleine Selbstständige und den Mittelstand, aber nicht für Konzernherren und Rüstungslobbyisten.

Bartsch: Wir werden immer an der Seite derjenigen stehen, die weniger Chancen haben und ausgegrenzt werden. Wir stehen auch nach der Wahl zu dem, was wir in unserem Wahlprogramm und im Wahlkampf fordern.



Dietmar Bartsch, geboren im Jahr 1958 in Stralsund. Er studierte und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 1998 bis 2002 sowie seit dem Jahr 2005 gehört er dem Deutschen Bundestag an. Im November 2015 übernahm Dietmar Bartsch gemeinsam mit Sahra Wagenknecht den Vorsitz der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Dietmar Bartsch hat zwei erwachsene Kinder und spielt in seiner Freizeit Volleyball und Skat.



Sahra Wagenknecht, geboren im Jahr 1969 in Jena. Sie studierte Philosophie und Neuere Deutsche Literatur und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 2004 bis 2009 war sie Mitglied des Europaparlaments und ist seit dem Jahr 2009 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Seit November 2015 teilt sie sich den Vorsitz der Fraktion mit Dietmar Bartsch. Sahra Wagenknecht ist verheiratet, lebt in Merzig im Saarland und liebt Bergtouren mit dem Fahrrad.

Mehr BAföG für Studierende

Die BAföG-Sätze für Studentinnen und Studenten reichen nicht zum Leben aus. Das ist das Ergebnis einer Studie des Deutschen Studentenwerks. Vor allem die in den Universitätsstädten enorm gestiegenen Mietpreise sprengen die Höchstförderung in Höhe von 735 Euro. Viele Studierende müssen nebenher arbeiten. Dadurch haben sie weniger Zeit fürs Studium. Das betrifft vor allem Studierende aus einkommensschwachen Familien. DIE LINKE fordert ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro.



Jedes Kind soll schwimmen können

Weil Kommunen massiv verschuldet sind, wurden seit dem Jahr 1990 mehr als 1600 Schwimmbäder geschlossen. Allein 100 im letzten Jahr. Zudem wurden viele Schwimmbäder privatisiert und in Spaßbäder umgewandelt. Schulen und Sportvereine fällt es deshalb immer schwerer, Zugang für den Schwimmunterricht zu erhalten. Für viele Familien ist der Eintrittspreis zu hoch. Die Folge: 60 Prozent der Zehnjährigen in Deutschland können nicht schwimmen. DIE LINKE sagt: Schwimmbäder gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Jedes Kind muss ein öffentliches Schwimmbad besuchen können.

»Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar«

Gregor Gysi hat Großes vor im Bundestag und in Europa

Gregor Gysi ist rastlos unterwegs. Gestern eine Podiumsdiskussion beim Kirchentag in Magdeburg zur Frage, wie wir Frieden in unfriedlichen Zeiten gewinnen können. Heute Moderator im Deutschen Theater mit dem Bariton Thomas Quasthoff und dann in der Berliner Distel, wo er mit Oliver Welke, dem Präsentator der »heute-show« des ZDF, plauscht. Morgen schon versucht er in Hamburg der mittelständischen Wirtschaft nahezubringen, dass ein Neustart für Europa mit sozialen Standards, mehr Demokratie und friedlicher Außenpolitik auch ihr nützte. Und immer wieder Termine im Wahlkreis, Bürgersprechstunde, Gespräch im Seglerverein, mit Wissenschaftlern, Theaterleuten und, und, und.

Wer geglaubt hat, dass sich der Bundestagsfraktion so langsam aufs Altenteil zurückzöge, als er den Vorsitz abgab, hat die Rechnung ohne die Leute und ohne den Mann gemacht. Er gilt für die Ostdeutschen auch heute noch als ihre Stimme und war über 25 Jahre lang das prägende Gesicht der LINKEN in Deutschland. »Ich hatte ja auch gedacht, es wird weniger, und inzwischen habe ich sogar gelernt, gelegentlich Nein zu sagen. Aber wenn sich die Zahl der Anfragen verdoppelt, kommt eben doch viel zusammen«, bemerkt er schmunzelnd.

Mitunter wirkt er wie ein Getriebener. Immer wieder wird er gefragt, wie er das durchhält mit seinen 69 Jahren. »Ich bin fit«, sagt Gysi, und man sieht ihm die Freude an den täglich neuen Herausforderungen an. Ein Stück weit will er sicher auch die Hoffnun-



Seit Dezember 2016 ist Gregor Gysi Präsident der Europäischen Linken.

Ulwe Steinhert

gen nicht enttäuschen, die viele nach wie vor in ihn setzen. »Ich bin nicht der Mensch, der sich zur Ruhe setzt und dann Angeln geht, obwohl meine diesbezüglichen Lehrstunden bei Jan Korte durchaus entspannend waren«, sagt er mit Blick auf den LINKEN-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt, der ein leidenschaftlicher Angler ist.

Deshalb ist Gysi seit Dezember 2016 Präsident der Europäischen Linken und will auch seinen Bundestagswahlkreis verteidigen. Die Europäische Linke ist ein Zusammenschluss von 25 Parteien. Es ist auch diese Verbindung zwischen Weltpolitik und Alltag, die ihn antreibt: wenn er den Präsidenten der Europäischen Kommission oder des Europäischen Gerichtshofs trifft und dann die Sorgen mit dem Jobcenter hört, die ihm eine Frau bei seiner Sprechstunde im Bürgerbüro in Schöneweide vorträgt. »Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar, und DIE LINKE muss sich ihrer gesamten Verantwortung dafür

stellen«, erklärt Gysi seine Motivation für den Spagat zwischen Europa und Treptow-Köpenick.

Die aktuellen Entwicklungen stimmen ihn sorgenvoll: Eine Militarisierung der EU und das Erstarren nationalistischer, faschistischer Kräfte rufen den brillanten Rhetoriker auf den Plan. So nimmt Gysi auf seinem Facebook-Account in einem kurzen Video die Unlogik der Kanzlerin auseinander, Bundeswehrsoldaten über Syrien

Daten aufklären zu lassen, die der türkische Despot Erdoğan nutzt. Mithilfe der Daten greift Erdoğan kurdische Einheiten an, die am Boden den IS bekämpfen. Fast zwei Millionen Menschen schauen sich das Video an und stimmen Gysi zu.

»DIE LINKE ist die einzige politische Kraft, die konsequente

Friedenspolitik und verlässliche Sozialpolitik zusammenbringt«, sagt Gysi. »Ich will die Europäische Linke als Gegengewicht gegen rechts und gegen die Kürzungspolitik von Schäuble stark machen, damit die Jugend in einem Europa leben wird,

das ihnen eine weltweite, soziale, demokratische, friedliche Perspektive bietet.« Und Europa fängt für ihn eben nicht in Brüssel an, sondern beim Gespräch mit dem TV-Entertainer Wolfgang Lippert über die Entwicklung der Kultur im Wahlkreis.

Der Mann wird einfach noch gebraucht. In Treptow-Köpenick, im Osten, für die Jungen und die Alten, in Deutschland, in Europa. Gut, dass er weitermacht und der Bundestag nicht auf ihn verzichten muss.

DIE LINKE will
 ■ die EU neu starten: mehr Demokratie, mehr soziale Sicherheit, keine Aufrüstung ■ fairen Handel statt Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA ■ Klimaschutz und den ökologischen Umbau der Wirtschaft.



Pausenbrot statt Panzer

Wie DIE LINKE die Ausgaben für Rüstung senken und stattdessen das Geld in Schulen und Kitas investieren will

Deutschland soll bis zum Jahr 2024 zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Militär ausgeben. Dazu erklärte sich die Bundesregierung 2014 auf dem NATO-Gipfel bereit. Kanzlerin Merkel hat kurz nach der Wahl von Donald Trump, der die Einhaltung dieses Ziels verlangt, mehrmals bekräftigt, die Vereinbarung erfüllen zu wollen. Zwei Prozent: Das klingt nicht viel. **Doch das BIP betrug 2016 rund 3,13 Billionen Euro. Zwei Prozent davon wären also mehr als 60 Milliarden Euro!**

Schon jetzt müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für Rüstung und Militär 37 Milliarden Euro pro Jahr berappen.

Da die Wirtschaftskraft bis 2024 noch zulegen wird, würden mehr als 70 Milliarden Euro in den Militäretat fließen, eine Verdoppelung der heutigen Ausgaben. Zum Vergleich: Allein bei der öffentlichen Infrastruktur gibt es einen Investitionsstau von über 100 Milliarden Euro. Schulen und Brücken sind marode, es gibt oft zu wenig Kitaplätze und bezahlbaren Wohnraum, Gleise werden stillgelegt, Schwimmbäder geschlossen, fast überall fehlt das Geld, aber Union und SPD wollen immer mehr in die Aufrüstung pumpen.

Würde sich die Bundesregierung von dem Zwei-Prozent-Ziel verabschieden, könnte sie innerhalb weniger Jahre den vor-

allem in den Kommunen dramatischen Investitionsstau abbauen.

DIE LINKE fordert als einzige Partei, dass die Rüstungsausgaben der Bundesrepublik nicht erhöht, sondern deutlich gesenkt werden. »Dem Zwei-Prozent-Aufrüstungsprogramm von NATO und Merkel stellen wir unser Abrüstungsziel entgegen. Wir wollen den Rüstungshaushalt, der inzwischen der zweitgrößte Etat ist, um 20 Prozent kürzen. Das Geld wollen wir konkret dafür einsetzen, Kitas auszubauen und gebührenfrei zu machen und Schulen zu modernisieren«, erklärt der Bundeswahlkampfleiter der LINKEN, Matthias Höhn.

Die Miete frisst 60 Prozent des Einkommens

Weil die herrschende Politik versagt hat, steigen seit Jahren die Mieten rasant

Hans-Herbert Ullrich ist wütend. Wieder hat ihm sein Vermieter, eine Luxemburger Investmentfirma, eine Mieterhöhung geschickt. **Mittlerweile zahlt Ullrich fast 10 Euro pro Quadratmeter kalt für seine Wohnung im Hannoveraner Stadtteil Misburg.** Und nicht nur das: Die Nebenkosten steigen seit Jahren jährlich um 5 bis 10 Prozent.

Ullrichs Wohnung befindet sich in einem alten Wohnblock aus den 70er Jahren. Der Sozialpädagoge lebt dort seit einigen Jah-

ren zusammen mit seiner Ehefrau Evgeniia. »Wir beide gehen arbeiten, und die Gesamtmiete frisst fast 60 Prozent unseres Einkommens«, sagt Ullrich.

Misburg liegt zwar am Stadtrand von Hannover. Aber auch dort explodieren die Mieten. Private Investoren haben etliche vielgeschossige Mietanlagen hochgezogen. Die Kaltmiete liegt bei einigen mittlerweile bei fast 20 Euro pro Quadratmeter.

Seit Jahren steigen die Mieten vor allem in Großstädten und Vororten rasant, weil Wohnungen zu Spekulationsobjekten mutiert sind. Immobilienfonds und Finanzfirmen kaufen massenhaft Wohnungen und pressen auf Kosten der Mieterinnen und Mieter den größten Profit heraus.

Sie müssen immer mehr Geld fürs Wohnen aufbringen, sind gezwungen umzuziehen oder können die Miete nicht stemmen. Bundesweit können fünf Millionen Haushalte ihre Miete nicht mehr zahlen. Bund oder Land müssen dafür aufkommen oder zahlen Zuschüsse.

In großen Städten hat zwar jede und jeder Zweite Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein, aber das nützt nichts, weil es zu wenige Sozialwohnungen gibt. Systematisch hat die herrschende Politik den sozialen Wohnungsbau ausgetrocknet. Von 3 Millionen Sozialwohnungen im Jahr 1990 sind nur noch 1,25 Millionen geblieben, und jedes Jahr fallen mindestens 45 000 weitere weg. Zudem liegt seit dem Jahr 2006 der Bau von Sozialwohnungen in der Verant-



Evgeniia und Hans-Herbert Ullrich vor ihrer Wohnung im Hannoveraner Stadtteil Misburg.

Rückgang bei Sozialwohnungen



DIE LINKE will

- einen Neustart für den öffentlichen, sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau, jährlich mindestens 250 000 neue Sozialwohnungen. Die Zweckbindung soll künftig unbefristet gelten: Einmal Sozialwohnung, immer Sozialwohnung
- Privatisierung von öffentlichen Grundstücken und Wohnungen stoppen
- Wohnungen zurück in die öffentliche Hand bringen, dafür soll ein Rekommunalisierungsfonds aufgelegt werden
- eine wirkliche Mietpreisbremse, die flächendeckend, bundesweit, unbefristet und ohne Ausnahme gilt
- den Kündigungsschutz für Mieterinnen und Mieter verbessern;
- Zwangsräumungen verhindern
- das Recht auf Wohnen gehört ins Grundgesetz.

wortung der Bundesländer. Allerdings investieren sie nicht genug, um gegen den Missstand am Wohnungsmarkt anzukämpfen. Die Wohnungsmisere in Deutschland wird auch dadurch verschärft, dass die von der Bundesregierung vor zwei Jahren

verabschiedete Mietpreisbremse gescheitert ist. **Jüngste Studien belegen: Fast die Hälfte aller neuen Mietverträge sieht eine höhere Miete vor als erlaubt.** Schuld daran sind Konstruktionsfehler. Die Mietpreisbremse hat zahlreiche Aus-

nahmen, sie gilt nicht flächendeckend. Vor allem: Sie sieht keine Sanktionen für Vermieter vor, die gegen sie verstoßen. Für Hans-Herbert Ullrich aus Hannover ist klar: »Wir brauchen dringend einen radikalen Wechsel in der Wohnungspolitik.«

Starker Staat gegen Steueroasen

Damit Unternehmen und Reiche nicht mehr länger Steuern prellen können



Das soll nicht mehr möglich sein: Wie Apple Milliarden Euro zu verschieben, um Abgaben zu vermeiden.

Konzerne und die reichsten Familien des Landes prellen die öffentliche Hand in Deutschland jedes Jahr um bis zu 100 Milliarden Euro. Dank tausend möglicher Tricks transferieren sie ihr Geld in Steueroasen in Übersee oder Europa.

Beispiel Apple: Hierzulande macht der Konzern Milliardenumsätze, indem er jährlich mehrere Millionen iPhones an deutsche Kunden verkauft. Eigentlich wäre es eine Selbstverständlichkeit, wenn Apple die entstehenden Gewinne nach den in Deutschland gültigen Steuersätzen versteuern müsste. Stattdessen verschiebt der Konzern einen Großteil der Profite in Länder mit Dumping-Steuersätzen.

Allein durch die Bilanztrickereien von Apple entgehen der öffentlichen Hand rund eine Milliarde jährlich. Das Geld fehlt hierzulande für Investitionen in Schulen und Schwimmbäder, in Brücken und Bahnstrecken. DIE LINKE will Steuerflüchtlingen das Handwerk legen, damit

endlich wieder genug Geld für die Wiederherstellung des Sozialstaats da ist. Dazu müssen Steuerschlupflöcher geschlossen und insbesondere Steueroasen ausgetrocknet werden. Es braucht deshalb endlich ei-

nen starken Staat, der diese kriminelle Energie der Reichen und Mächtigen auf Kosten des Sozialstaats und der Öffentlichkeit nicht weiter als Kavaliersdelikt behandelt, sondern rigoros bekämpft.

DIE LINKE will sieben Sofortmaßnahmen, um Steuerflucht zu bekämpfen und Steueroasen auszutrocknen:

1. Alle Firmen und Rechtskonstrukte, die der Verschleierung von Vermögen dienen, gehören verboten.
2. Doppelbesteuerungsabkommen mit nicht kooperativen Steueroasen sind zu kündigen.
3. Verbesserte Strafverfolgung von Steuerhinterziehung und Kapitalverkehrskontrollen.
4. Gewinne an der Quelle sind mit bis zu 50 Prozent zu besteuern.

5. Banken, die wiederholt Beihilfe zur Steuerhinterziehung leisten, ist die Lizenz zu entziehen.

6. Wie in den USA soll die Steuerpflicht an die Staatsbürgerschaft gekoppelt werden und bei Austritt aus der Staatsbürgerschaft eine Exit-Tax von gut 20 Prozent auf das gesamte Vermögen erhoben werden, so könnten sich Milliardäre und Multimillionäre einer Vermögenssteuer kaum entziehen.

7. Zur Aufdeckung von Steuerbetrug bei Großkonzernen muss der gesetzliche Schutz von Whistleblowern gestärkt werden.

Diagnose Personalmangel

Mindestens 100 000 Pflegekräfte fehlen in den Krankenhäusern. Darunter leiden Patienten und Beschäftigte.

Klinikalltag in Deutschland: Nachtschicht auf einer Station, 49 Patientinnen und Patienten, davon 22 absolut pflegebedürftig, zwei verwirrt, drei ungeplante Notaufnahmen. Verantwortlich für all diese Patienten ist eine einzige Krankenschwester plus eine Pflegekraft als Springer, die auf mehreren Stationen gleichzeitig eingesetzt wird. Die Schwester schreibt am Ende der Schicht an ihre Vorgesetzten: »Die Patientensicherheit war nicht gegeben. Diese Zustände wünsche ich keinem Patienten, der zu uns kommt.«

Die Lage in den Kliniken ist katastrophal: Aktuell fehlen bundesweit mindestens 100 000 Pflegekräfte. **Zahlreiche Studien belegen, dass zu wenig Pflegepersonal zu mehr Komplikationen führt, zu Stürzen und Todesfällen bei Patientinnen und Patienten.** Pflegeexperten sprechen von »gefährlicher Pflege«.

Doch nicht nur für Patienten sind die Zustände gefährlich. Der Krankenstand bei Pflegekräften ist extrem hoch. Viele Beschäftigte erkranken dauerhaft oder geben ihren Job auf.

Seit mehr als 20 Jahren tobt zwischen Krankenhäusern – egal ob privat oder in öffentlicher Hand – ein gnadenloser Wettbewerb. Seine Wurzeln hat er im Vergütungssystem: Nicht die tatsächlichen Behandlungskosten werden bezahlt, sondern nur Fallpauschalen, die sich nach Diagnosen richten. Für jede Patientin und jeden Patienten gibt es den gleichen Fixbetrag – un-

abhängig von der Schwere der Erkrankung. Dauert die Behandlung länger als pauschal veranschlagt oder treten Komplikationen auf, bleiben die Krankenhäuser auf den Kosten sitzen. Ärztinnen und Ärzte arbeiten unter der Vorgabe, dass Behandlungen vor allem rentabel sein müssen. Um Kosten zu sparen, werden Patientinnen und Patienten häufig zu früh nach Hause geschickt. Oder aber zeitiger entlassen, um sie anschließend erneut aufzunehmen. Auch werden ihnen häufig unnötige, aber lukrative Behandlungen aufgedrängt. Über die Runden kommen die Krankenhäuser nur, wenn sie möglichst viele Fälle in möglichst kurzer Zeit mit möglichst wenig Personal behandeln.



Michael Breyer

weise nicht mehr nach Zeitplan verabreicht werden.

Vor allem solche Kliniken – vornehmlich im öffentlichen Besitz –, die breit aufgestellt sind und eine möglichst umfassende Versorgung bieten wollen, stehen unter extremem Kostendruck.

Die verfehlte Gesundheitspolitik der vergangenen Jahre hat die Krankenhauslandschaft verändert. Zahlreiche Krankenhäuser wurden geschlossen. Zudem sind immer mehr Einrichtungen privatisiert worden. Dort arbeiten die Beschäftigten meist unter noch schlechteren Bedingungen.

Doch der Zweck eines Krankenhauses sollte nicht Gewinnmaximierung sein, sondern die Versorgung der Menschen mit notwendigen stationären Leistungen. **Da eine gute Gesundheitsversorgung eine solide finanzielle Basis braucht, hat DIE LINKE das Konzept einer Solidarischen Gesundheitsversicherung entwickelt** (siehe Artikel rechts). Diese würde nicht nur für eine Finanzierung des Gesundheitswesens sorgen, sondern auch für mehr Gerechtigkeit bei den Beiträgen.

Die Folge ist: Kliniken und Krankenhäuser kürzen beim Pflegepersonal. Für Patientengespräche, Beobachtung und Betreuung fehlt dem Pflegepersonal oft die Zeit. Bei den Mahlzeiten oder dem Gang zur Toilette müssen Patientinnen und Patienten häufig ohne Unterstützung auskommen. Medikamente können teil-

Zudem lehnt DIE LINKE die Privatisierung von Kliniken ab und kämpft für eine gute Versorgung der Kranken und für gute Arbeitsbedingungen in den Kliniken. Deshalb fordert sie ein Gesetz, das eine Mindestzahl an Pflegekräften auf Krankenhausstationen festlegt.

DIE LINKE will:

- eine gesetzliche Personalbemessung einführen, um die Qualität der Arbeit und der Versorgung wirksam und schnell zu erhöhen
- eine solide und verlässliche Krankenhauspolitik etablieren, die sich am Gemeinwohl orientiert

und den Druck von den Krankenhäusern nimmt

- Fallpauschalen abschaffen
- eine Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung einführen, die die Basis für eine solide Finanzierung, eine gute Versorgung der Menschen und gute Bezahlung der Pflegekräfte schafft.

LINKE will gute Bildung für alle

Kinderbetreuung, Schule, Ausbildung – Heranwachsende haben etwas Besseres verdient, als sie bekommen.



Fehlende Kitaplätze

Obwohl es seit 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz gibt, fehlen bundesweit fast 300 000 Plätze. Besonders heftig ist die Situation in Westdeutschland. Dort gibt es etwa 262 000 Betreuungsplätze zu wenig. Die meisten

fehlen in Nordrhein-Westfalen (77 459), Bayern (52 131), Baden-Württemberg (41 165) und Rheinland-Pfalz (16 704). Es fehlen Zehntausende Fachkräfte.

Lösung: Für den weiteren Ausbau von Kitaplätzen muss der Bund mehr Geld zur Verfügung stellen. **Wir brauchen ein Kitaqualitätsgesetz, das beim Kitausbau die Belange der Kinder und der Beschäftigten in den Mittelpunkt rückt.** DIE LINKE fordert einen bundesweit einheitlichen Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten von mindestens einer Erzieherin oder einem Erzieher für maximal drei Kinder im Alter von bis zu drei Jahren. DIE LINKE will gebührenfreie

Kitas (mit Elternbeitragsfreiheit), und alle Kinder sollen täglich ein kostenloses warmes Essen erhalten. Gleichzeitig muss die Erzieherausbildung besser gefördert werden.

Ungerechtes Bildungssystem

In keinem Industrieland der Welt hängt die Bildung der Kinder so stark vom Bildungsstand und vom Geldbeutel der Eltern ab wie in Deutschland. Verstärkt wird diese Situation durch die extrem zeitige Aufteilung nach der Grundschule in verschiedene Schulformen. Auf dem späteren Bildungsweg sorgen finanzielle Belastungen für weitere Hürden. Insbesondere ein Studium kostet viel Geld,

und das BAföG entspricht nicht dem, was ein Student oder eine Studentin tatsächlich braucht.

Lösung: DIE LINKE will das Schulsystem reformieren. Wir wollen Gemeinschaftsschulen



Weniger Beitrag, mehr Leistung

Fast alle profitieren von der Solidarischen Gesundheitsversicherung



Krankenkassen basieren auf dem Prinzip der Solidarität: Persönliche Risiken werden gemeinschaftlich getragen, damit jede und jeder unabhängig von Einkommen oder Lebenssituation den gleichen Anspruch auf eine gute Behandlung im Krankheitsfall hat.

Doch zahlreiche Gesetzesänderungen haben das Prinzip der Solidarität untergraben – mit fatalen Folgen für die Versicherten. Seit Jahren steigen die Beiträge zur Krankenversicherung, und für Zahnersatz, Medikamente, Physiotherapien, Fahrten und

Krankenhausaufenthalte fallen Zuzahlungen an. Steigende Kosten müssen allein die Versicherten tragen. Der Arbeitgeberanteil hingegen ist eingefroren.

Die Finanzierung ist ungerecht: Wer sehr gut verdient, zahlt einen kleineren Anteil von seinem Einkommen für die Krankenkasse als Menschen mit einem geringen Einkommen. Menschen mit hohem Einkommen, Selbstständige und Beamte können sich der Solidarität entziehen und sich privat versichern. Deshalb gibt es die Zweiklassenmedizin: Privatpatienten

bekommen Einzelzimmer, Chefarztbehandlung und schneller einen Arzttermin. Diese Ungerechtigkeit will DIE LINKE beenden. Sie hat ein alternatives Modell entwickelt: die Solidarische Gesundheitsversicherung. Die Höhe der jeweiligen Krankenkassenbeiträge richtet sich nach dem jeweiligen Einkommen. Wer viel Einkommen hat, zahlt viel. Wer wenig hat, zahlt wenig. Und wer keins hat, zahlt nichts. Arbeitgeber sollen zudem wieder die Hälfte der Krankenkassenbeiträge der Beschäftigten zahlen. Das Prinzip der LINKEN Gesundheitsversi-

cherung: Alle zahlen ein, damit es für alle besser und bezahlbar wird. Deswegen sollen alle Menschen, die in Deutschland leben, Mitglied dieser Versicherung werden, auch Selbstständige, Abgeordnete sowie Beamtinnen und Beamte. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: **Bei der Solidarischen Gesundheitsversicherung der LINKEN zahlen Menschen mit einem Einkommen von bis zu 6.250 Euro brutto im Monat weniger Beiträge als bisher, bekommen aber mehr Leistung im Krankheitsfall.** Zusatzbeiträge

und Zuzahlungen entfallen. Damit lässt sich eine hochwertige medizinische Versorgung für alle Menschen finanzieren und die Zweiklassenmedizin abschaffen.



Beitragsrechner
Finden Sie heraus, welchen Beitrag Sie bei der Solidarischen Gesundheitsversicherung zahlen müssen: beitragsrechner.linksfraktion.de

Das bringt die Solidarische Gesundheitsversicherung

So würden sich die Beiträge zur Krankenversicherung verändern



| | Friseur | Bauarbeiter | Verkäuferin | Krankenpfleger | Netzwerkadministratorin | Fachärztin | Bundestagsabgeordnete |
|--|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|-------------------------|--------------------|-----------------------|
| Einkommen pro Monat (brutto) | 1.400 Euro | 1.800 Euro | 2.200 Euro | 2.600 Euro | 3.200 Euro | 5.800 Euro | 9.327 Euro |
| Aktueller monatlicher Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung | 117,60 Euro | 151,20 Euro | 184,80 Euro | 218,40 Euro | 268,80 Euro | 365,40 Euro | 365,40 Euro |
| Neuer monatlicher Beitrag in der Solidarischen Gesundheitsversicherung | 81,90 Euro | 105,30 Euro | 128,70 Euro | 152,10 Euro | 187,20 Euro | 339,30 Euro | 545,63 Euro |

istockphoto.com/seewhatmitchsee, juniorbeep, CTRPhotos

für alle mit kleineren Klassen und Ganztagschulen mit mehr sozialpädagogischer Arbeit. **DIE LINKE will, dass die BAföG-Sätze dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden, und setzt sich für ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro netto monatlich ein.** Um das zu erreichen, will DIE LINKE die öffentlichen Ausgaben für Bildung erhöhen.

Ausbildungsplatzmangel

Jedes Jahr finden Zehntausende Schülerinnen und Schüler nach ihrem Abschluss keinen Ausbildungsplatz. Viele landen im Übergangssystem, an dessen

Ende kein anerkannter Berufsabschluss steht, oder in prekären Jobs. Diese Ausgrenzung hat dazu geführt, dass heutzutage fast zwei Millionen Menschen im Alter von 20 bis 34 Jahren keinen Berufsabschluss haben.



Lösung: DIE LINKE tritt dafür ein, allen Jugendlichen das Recht auf Ausbildung zu garantieren. Durch diesen Rechtsanspruch soll allen Jugendlichen eine hochwertige und voll qualifizierende Berufsausbildung ermöglicht werden. **DIE LINKE fordert eine solidarische Ausbildungsumlage, die alle Betriebe für die Ausbildung junger Menschen in die Pflicht nimmt,** um ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen zu schaffen. Auszubildende brauchen eine Ausbildungsvergütung, die zum Leben reicht, unabhängig von den Eltern. Darum fordern wir eine gesetzlich geregelte Mindestausbildungsvergütung, unbeschadet der Festlegungen in den Tarifverträgen.

Unterfinanzierte Hochschulen

Derzeit sind an den Hochschulen 2,8 Millionen Studierende eingeschrieben. Das sind fast 1 Million Studierende mehr als vor zehn Jahren. Doch das Geld, das den Hochschulen zur Verfügung gestellt wird, wird diesem Anstieg nicht gerecht. Hörsäle und Seminarräume sind häufig überfüllt, und es gibt zu wenig Personal. Viele wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind schlecht bezahlt und hangeln sich von einer befristeten Stelle zur nächsten.

Lösung: Der Bund muss sich an der Grundfinanzierung der Hochschulen beteiligen. Prekäre Arbeit, Lehre zu Dumpinghono-



raren und die Ausbeutung von Lehrbeauftragten lehnen wir ab. **Das Sonderbefristungsrecht für wissenschaftliches Personal unterhalb der Professur muss abgeschafft werden.** Zudem will DIE LINKE ein bundesfinanziertes Anschlagprogramm, mit dem 100.000 unbefristete Stellen geschaffen oder entfristet werden.

Öffentlich, weil's besser für alle ist

Weil Bund, Länder und Kommunen infolge der unzureichenden Besteuerung der Reichen massiv verschuldet sind, werden Schwimmbäder, Krankenhäuser und Schulen geschlossen oder dem Profitstreben von Privatunternehmen überlassen. Für Vermögende ist das kein Problem, aber für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger.



Krankenhäuser

Leere Kassen und eine verfehlte Gesundheitspolitik haben zu einer Privatisierungs- und Schließungswelle bei Krankenhäusern geführt. Allein in den Jahren 2005 bis 2015 verringerte sich die Zahl der Kliniken in öffentlicher Hand von 751 auf 577. Bei privaten Klinikkonzernen hingegen herrscht Goldgräberstimmung: Sie übernehmen vielerorts die defizitären Krankenhäuser, konzentrieren sich auf rentable Stationen und lassen völlig außer Acht, welche Stationen in einer Region gebraucht werden oder nicht. Sie bauen Personal ab und machen satte Gewinne: Im Jahr 2015 waren es bei den vier größten Klinikkonzernen mehr als 1,1 Milliarden Euro. Die Folgen: Vor allem in ländlichen Regionen und kleineren Städten leidet die Versorgung der Patientinnen und Patienten. Immer längere Wege sind zu Krankenhäusern zurückzulegen.

DIE LINKE sagt: Die Menschen verdienen ein solidarisches und gerechtes Gesundheitssystem, in dem die Versorgung der Patientinnen und Patienten im Mittelpunkt steht und nicht der Profit. Statt weiter zu privatisieren, muss das Gesundheitssystem als Teil des Sozialstaats öffentlich organisiert werden.

Schulen

Die Finanznot trifft Schulen besonders hart. Vielerorts sind die Gebäude verrottet. Laut einer Umfrage geht jedes dritte Kind in der Schule nicht auf die Toilette, weil diese in einem desaströsen Zustand sind. Personalmangel führt oft zu Unterrichtsausfall, zu großen Klassen und damit zu schlechteren Bildungschancen für Kinder. Diese Missstände umschiffen können vor allem Vermögende. Sie schicken ihre Kinder auf private Schulen, an denen ein Platz bis zu 1.250 Euro pro Monat kosten kann. Im Jahr 2016 hat die Zahl der Schüler an Privatschulen erneut zugenommen, sie liegt bei 743 534. Zudem nehmen Partnerschaften zwischen Schulen und privaten Geldgebern rasant zu. Von privaten Konzernen unterstützte Stiftungen finanzieren in Schulen auch Mittagessen, Computer oder Sportgeräte. Diese Entwicklung wird derzeit sogar von der Bundespolitik befördert.

DIE LINKE sagt: Bildung darf keine Ware und keine Frage des Geldbeutels sein. Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) müssen als verdeckte Form der Privatisierung verboten werden. Der Ausverkauf von öffentlichen Bildungseinrichtungen muss gestoppt und umgekehrt werden. Der Staat muss ausreichend in Bildung investieren.



Autobahnen

Mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD wurde im Juni 2017 die Tür zum Ausverkauf der Autobahn aufgestoßen. 13 000 Kilometer an Schnellstraßen können noch stärker als bisher durch öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) unterhalten werden. Bereits jetzt hat der Bundesrechnungshof für existierende ÖPP-Projekte moniert, dass diese bis zu 40 Prozent mehr kosten als von der öffentlichen Hand betriebene. Die Autobahnprivatisierung ist eine Abzocke von Steuerzahlern und Autofahrern. Für Großkonzerne ist sie eine Lizenz zum Gelddrucken auf Kosten der Allgemeinheit.

DIE LINKE will die Autobahnprivatisierung verbieten und ÖPPs verhindern. Um CDU/CSU und SPD bei der Verschleuderung öffentlichen Eigentums in den Arm zu fallen, fordert sie eine Volksabstimmung über die Autobahnprivatisierung.

Kommunale Dienstleistungen

Die finanzielle Not der Kommunen und mitunter auch der Glaube daran, dass privat erbrachte Dienstleistungen besser und billiger seien, haben vielerorts zur Privatisierung der Abwasser-, Wasser-, Strom- und Gasversorgung sowie der Abfallentsorgung geführt. Für die Bürgerinnen und Bürger stiegen dadurch häufig die Preise. Die Kommunen selbst verloren wichtige Einnahmen, büßten demokratische Kontrolle ein und zahlen oft sogar noch drauf: Denn die mit der Privatisierung einhergehenden Dumpinglöhne und die zunehmende Arbeitslosigkeit belasten auch ihr Budget.

DIE LINKE sagt: Auch zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge wie Energie- und Wasserversorgung und Abfallentsorgung müssen in öffentlicher Hand organisiert sein. Deswegen wird sich DIE LINKE an keiner Regierung beteiligen oder sie tolerieren, die öffentliche Daseinsvorsorge privatisiert.



Reichtum umverteilen

Während der Besitz von wenigen extrem wächst, verarmen immer mehr Menschen. Der Sozialstaat wird ausgehöhlt.

Reiche und Superreiche in Deutschland sind seit Jahren in Partylaune. Wie verrückt wächst das Privatvermögen. Jedes Jahr steigt die Zahl der Millionäre. Das Vermögen der 500 reichsten Deutschen nahm in nur fünf Jahren um 192 Milliarden Euro zu. Um mehr als 60 Prozent ist das Privatvermögen in Deutschland von 1999 bis 2015 gewachsen: von 8 auf 12,8 Billionen Euro. Aber davon hat eine Hälfte der Bevölkerung überhaupt nichts, weil sie im Durchschnitt so gut wie kein Vermögen hat. Die reichsten 10 Prozent verfügen dagegen über fast zwei Drittel des Vermögens. **In keinem anderen Land Europas ist der Reichtum so ungleich verteilt wie in Deutschland.**

Obszöner Reichtum auf der einen, bittere Armut auf der anderen Seite: Noch nie seit der Wiedervereinigung war die Armutsquote in Deutschland so hoch wie aktuell. Für das Jahr 2016 beziffert sie der Paritätische Wohlfahrtsverband auf 15,7 Prozent. Fast 13 Millionen Frauen, Männer und Kinder sind demzufolge von Armut betroffen. Insbesondere im Ruhrgebiet und in Berlin ist das Armutsrisiko stark gestiegen. Auch der Staat wurde ärmer. Ausgerechnet in dem Zeitraum, in dem der private Reichtum besonders zunahm, von 1999 bis 2015, stiegen in Deutschland die Schulden der öffentlichen Hand um unglaubliche 89 Prozent auf 2,3 Billionen Euro. Für

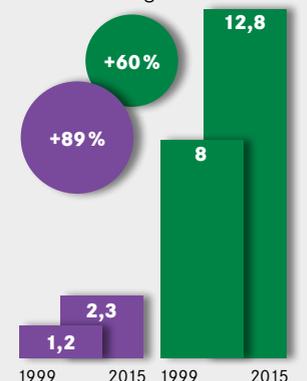
den Staat, also alle Bürgerinnen und Bürger im Land, ist das Ergebnis dramatisch: Notwendige Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Arbeitsplätze fallen aus. Der Sozialstaat wird immer schwächer. Verantwortlich für diese Entwicklung sind die letzten Regierungen aus CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP. Zahlreiche Steuergeschenke, Lohndrückerei durch Hartz IV und anderes mehr haben einerseits das Vermögen der Reichen wachsen lassen. Andererseits haben sie bei vielen Menschen zu Armut und bei den öffentlichen Kassen zu dramatischen Steuerausfällen geführt. Kaum ein anderes Land auf diesem Planeten erzielt bei den vermögensbezogenen Steu-

ern so geringe Einnahmen wie Deutschland. Fakt ist: Ohne eine gerechte Besteuerung der großen Vermögen ist eine Wiederherstellung des Sozialstaates unmöglich. **DIE LINKE ist die einzige Partei, die den Mut hat, sich mit den Mächtigen und Vermögenden im Interesse der Allgemeinheit anzulegen.** Sie fordert die Wiedereinführung der Vermögensteuer als Millionärsteuer, eine gerechte Erbschaftsteuer und eine konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung sowie Steuervermeidung. Dadurch könnten jährliche Mehreinnahmen von mehr als 100 Milliarden Euro in die öffentlichen Kassen gespült werden.

Entwicklung von öffentlichen Schulden und Privatvermögen von 1999 bis 2015

Angaben in Billionen Euro

■ öffentliche Schulden
■ Privatvermögen



Renten rauf: Mindestens 1.050 Euro

DIE LINKE will die gesetzliche Rente erhöhen und armutsfest machen



Martin Heinele

Findet die Rentenpolitik der vergangenen 20 Jahre ungerecht: Verkäuferin Ramona Otto.

Ramona Otto wird es etwas mulmig, wenn sie an ihre Rente denkt. Die Verkäuferin arbeitet seit 1998 im Einzelhandel. Ihr Mann bekommt eine schmale Erwerbsminderungsrente. Beiden ist klar: Große Sprünge waren bislang nicht möglich, in Zukunft sind sie ausgeschlossen. Miete, Energiekosten, Einkäufe – die kleinen Renten werden schnell aufgefressen. **Statt nach Jahrzehnten harter Arbeit das Leben genießen zu können, müssen sich immer mehr Menschen Sorgen über ihre finanzielle Lage im Alter machen.** Derzeit leben 2,7 Millionen Menschen nach ihrem 65. Geburtstag in Armut oder sind davon bedroht.

Die gesetzliche Rente befindet sich im Sinkflug. Die Bundesregierung schaut zu, wie sich das Problem zuspitzt: ab 2030 droht jedem zweiten Normalverdiener eine Minirente. DIE LINKE will das stoppen. »Eine Rente, die für ein gutes Leben auch im Alter reicht, ist eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung der Menschen. Es ist unwürdig, wenn Rentnerinnen und Rentner Pfandflaschen sammeln müssen«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. »Als einzige Partei wollen wir das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent erhöhen. Da wo es vor den Rentenkürzungen der letzten Jahre – zur Zeit Helmut Kohls – einmal war.« Den Menschen in

Ostdeutschland wird zu jeder Wahl die Rentenangleichung versprochen – und dieses Versprechen haben CDU und SPD nach jeder Wahl wieder gebrochen. DIE LINKE steht für die sofortige Angleichung an das Westniveau. Ohne die junge Generation, die künftigen Rentnerinnen und Rentner, zu benachteiligen. Das Konzept der LINKEN für eine Rente, die den Lebensstandard sichert, ist eine Erwerbstätigenversicherung. In die zahlen alle ein – nicht nur Arbeiter und Angestellte, sondern auch Beamte, Politikerinnen und Politiker. **DIE LINKE will, dass die Beiträge für die Rente wieder zur Hälfte von den Unternehmen gezahlt werden.** So sind gute Renten für alle finanzierbar – für den Durchschnittsrentner bringt das rund 120 Euro mehr im Monat. Den Riester-Schwindel, der nur die Konten der Versicherungskonzerne auffüllt, muss aufhören. Die Ansprüche müssen in die gesetzliche Rente überführt werden. Für Ramona Otto und andere Beschäftigte mit niedrigem

Einkommen würde das alleine noch nicht reichen. Deshalb will DIE LINKE kleine Einkommen in der Rentenversicherung aufwerten. »Für eine Verkäuferin wie Ramona Otto wären das 270 Euro mehr Rente im Monat«, erklärt Bernd Riexinger. »Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente wollen wir streichen.« Mit diesen Rentenreformen können Ramona Otto und ihr Mann entspannter in die Zukunft blicken. Vielen Frauen und allen, die auf lange Phasen mit niedrigen Löhnen, Krankheit oder Erwerbslosigkeit zurückblicken müssen, droht mit dem jetzigen System eine Rente unterhalb der Grundsicherung. Deswegen will DIE LINKE eine solidarische Mindestrente einführen – sie schützt alle Menschen, die sonst eine Rente von unter 1.050 Euro bekommen. Die Mindestrente soll als Zuschlag – oder im Einzelfall als Vollbetrag – von der Rentenversicherung gezahlt werden. Niemand soll im Alter von weniger als 1.050 Euro leben müssen. Das ist eine Frage der Achtung der Menschenwürde.

Was in Österreich geht, ist auch hierzulande möglich
Das bekamen Neurentnerinnen und Neurentner 2015 im Schnitt im Monat ausgezahlt (inklusive Witwenrente)



Von der Arbeit gut leben können

Sichere und gut bezahlte Jobs müssen in Deutschland wieder die Regel sein

Die Profite der Unternehmen sind explodiert. Aber 40 Prozent der Beschäftigten bekommen heute nicht mehr Lohn als vor 20 Jahren. **Viele Beschäftigte arbeiten bis zur Erschöpfung und kommen trotzdem kaum über die Runden.** DIE LINKE will das ändern. Von Arbeit muss man leben können. Der Lohn muss reichen, um eine

Rente anzusparen, die den Lebensstandard im Alter sichert. Unbefristete Arbeit, die sozial und mit Tarifvertrag abgesichert ist – das muss die Regel sein, nicht die Ausnahme. Selbst die Bundesregierung hat auf Anfrage der LINKEN ausrechnen müssen: Mit unter 12 Euro Stundenlohn droht selbst denen Altersarmut, die ohne Un-

terbrechung gearbeitet haben. Deshalb will DIE LINKE einen flächendeckenden Mindestlohn von 12 Euro ohne Ausnahmen durchsetzen. Die Löhne und Gehälter müssen insgesamt steigen. Die Agenda-2010-Gesetze haben unsichere Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit, Werkverträge, befristete und Minijobs erst möglich gemacht. DIE LINKE will als einzi-

gen können. **Frauen wie Männer müssen das Recht auf Arbeitszeiten haben, die mit dem Leben mit Familie und Kindern, Weiterbildung und Freizeit vereinbar sind.** Teilzeitarbeit muss zum Leben reichen, unfreiwillige Teilzeit muss abgeschafft werden. »In fast allen schlecht bezahlten Berufen arbeiten mehrheitlich Frauen. Das ist Diskriminierung in Reine-

form«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. Für gleichwertige Arbeit müssen Frauen wie Männer gleichen Lohn bekommen.

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss besser bezahlt werden.«
Bernd Riexinger,
Vorsitzender der LINKEN

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss endlich anerkannt und besser bezahlt werden«, sagt er. »Dafür wollen wir sorgen – mit Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege. Das ist gerecht und nützt am Ende allen.«



Christian Mang

LINKEN-Kampagne gegen befristete Arbeitsverhältnisse



Stress: Arbeit auf Abruf

In Deutschland arbeiten mindestens 1,5 Millionen Menschen auf Abruf. Betroffen sind vor allem Beschäftigte im Einzelhandel, in der Gastronomie, im Gesundheitswesen und in der Verkehrsbranche. Firmen geben ihnen Arbeitsverträge mit sehr wenigen Stunden und ohne feste Arbeitszeiten. Mal arbeiten die Beschäftigten 40 Stunden im Monat, mal 160. Wenn der Betrieb es wünscht – auch sehr kurzfristig – müssen sie erscheinen. Die Beschäftigten können weder Einkommen noch Arbeitszeit planen und keinen weiteren Job annehmen. DIE LINKE fordert einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl von 22 Wochenstunden, die bezahlt werden.

Obergrenze für Managergehälter

In Portland (USA) wird für Unternehmen eine Strafsteuer erhoben, bei denen die Löhne der Beschäftigten und der Manager zu weit auseinanderklaffen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Einführung solcher Maßnahmen auch für deutsche Firmen zu prüfen. Im Programm zur Bundestagswahl fordert DIE LINKE eine Obergrenze für Managergehälter. Danach sollen die Einkünfte von Vorständen und anderen Führungskräften nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Betrieb betragen. Jahresgehälter über einer halben Million Euro sollen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein. »Wir fordern verbindliche Regeln für alle öffentlichen Unternehmen«, heißt es im Programm. Obergrenzen für Gehälter in Unternehmen sollen dazu beitragen, die Einkommen in der Gesellschaft gerechter zu verteilen.

DIE LINKE will

- den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro anheben, ohne Ausnahme
- Leiharbeit, Werkverträge und Minijobs in sichere Arbeitsplätze überführen
- Recht auf mindestens 22 Wochenstunden und Rückkehrrecht in Vollzeit statt unfreiwilliger Teilzeit
- Tarifverträge ausweiten und Allgemeinverbindlichkeit erleichtern.



Gegen Rassismus und rechte Gewalt

Die Zahl extrem rechter Straftaten ist im Jahr 2016 erneut angestiegen. Im Schnitt wurden bundesweit mehr als 60 Taten pro Tag registriert, ein Anstieg um 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Dunkelziffer ist erheblich höher. Allein 3774 Fälle rassistisch motivierter Gewalt gegen Asylsuchende wurden dokumentiert. DIE LINKE kämpft gegen Rassismus und rechte Gewalt und für eine offene Gesellschaft. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat jede Verschärfung des Asylrechts abgelehnt. Menschen, die in ihren Ländern staatlicher oder nichtstaatlicher Verfolgung ausgesetzt sind, müssen politisches Asyl erhalten. Die Große Koalition aus SPD und Union hat zum Ende der Legislaturperiode das Asylrecht nochmals drastisch verschärft.



Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow

Regenbogenfahne über Staatskanzlei

Zeichen der Solidarität an einem historischen Tag, an dem die vollständige Gleichstellung von Lesben und Schwulen erreicht wurde: Mit dem Hissen der Regenbogenfahne würdigte der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) die Einführung der Ehe für alle durch den Bundestag. Mit der Gesetzesänderung kehre endlich »staatliche Normalität« in die Gesellschaft ein, betonte er. Der Regierungschef lobte den parteiübergreifenden Beschluss und hofft, dass solche Entscheidungen auch in anderen menschenrechtlichen Fragen möglich sind, so in Fragen des humanitären Bleiberechts für Flüchtlinge.

Keine Angst vorm Absturz

DIE LINKE plant ein festes Netz von sozialen Sicherheiten ein



Zu viele Eltern können sich nicht einmal den Sportverein für ihre Kinder leisten.

Armut ist nicht naturgegeben. »Meine Vision ist eine Welt ohne Armut«, sagt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE und sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. »Und ich glaube daran, dass diese Welt möglich ist. Bereits jetzt gibt es einen immensen Reichtum.« **Die 62 reichsten Menschen besitzen so viel wie die halbe Welt.** Auch in Deutschland gehört den oberen 10 Prozent über die Hälfte des Vermögens. Im Gegensatz dazu verfügt die Hälfte der Menschen in diesem Land nur über 2,5 Prozent des Besitzes. Man muss kein Genie in Mathe sein, um zu erkennen, dass dieser Zustand zutiefst ungerecht ist. Diese Ungerechtigkeiten sind das Ergebnis einer Politik, die die Profite der wenigen über das Leben der vielen stellt. Dass es nicht so weitergehen kann wie bisher, das zeigt die Bilanz der

Regierung Merkel. Seit 2005 führt Angela Merkel die Regierung. Seitdem ist Reichtum immer ungleicher verteilt, und auch die Armutszahlen sind kontinuierlich gestiegen. Die Zahl der Menschen, die dauerhaft in Armut leben, hat sich in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt. Heute gilt hierzulande jedes fünfte Kind als arm. »Das bedeutet für viele: kein Urlaub, kein Sportverein, manchmal nicht mal genügend zu essen. Das alles in einem reichen Land wie Deutschland«, so Katja Kipping. Diese Entwicklungen sind auch eine Folge der Agenda 2010. Unter Rot-Grün beschlossen, hat sie Millionen Menschen in die

Abhängigkeit des Hartz-IV-Systems gedrängt. Katja Kipping: »Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt. Denn wer Angst hat, der oder die akzeptiert die nächste Lohnkürzung. Wer Angst hat, der oder die ist vielleicht weniger bereit zu teilen.« Katja Kipping weiß: Diese Entwicklung wirkt sich auf alle aus. Deswegen fällt der lange Schatten von Hartz IV auf die ganze Gesellschaft, sagt sie. **Unter der Regierung Merkel hat sich das Leben für viele verschlechtert.** Sie hat dieses Land zu einem Land der Milliardäre und der Millionen in Armut gemacht. »Aber wir, wir wollen das ändern. Und keine andere

»Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt.«
*Katja Kipping,
Vorsitzende der LINKEN*

Partei hat hier so konkrete und so seriös durchgerechnete Vorschläge wie wir«, erklärt Kipping. DIE LINKE fordert, dass garantiert niemand in Deutschland in Armut fallen darf. Keiner soll im Bedarfsfall weniger als 1.050 Euro haben. Dafür stehen die solidarische Mindestrente und die sanktionsfreie Mindestsicherung. **DIE LINKE will das Kindergeld umgehend auf 328 Euro erhöhen. Dann soll es in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführt werden.** Für DIE LINKE ist klar: wer Armut entgegenzutreten will, muss auch das Öffentliche stärken. So steht DIE LINKE für günstigere Fahrpreise, flächendeckend Sozialtickets für einkommensschwache Haushalte sowie kostenlose Schüler- und Azubitickets. DIE LINKE fordert gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und ein kostenfreies warmes Essen in Kita und Schule. Finanzieren lässt sich das, wenn die zur Kasse gebeten werden, die den Reichtum für sich allein beanspruchen, der im Grunde allen gehört. Katja Kipping: »So sieht Gerechtigkeit aus. DIE LINKE kämpft dafür, dass dieses Land gerechter wird. Helfen Sie – hilf du – dabei, dass sich das rumspricht. Denn: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.«

DIE LINKE will

- eine Mindestsicherung ohne Sanktionen von 1.050 Euro statt Hartz IV
- Kindergeld sofort auf 328 Euro erhöhen und in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführen
- kostenfreies Essen in Schule und Kita, freie Fahrt für Kinder in Bus und Bahn.

Eine sozial gerechte Energiewende

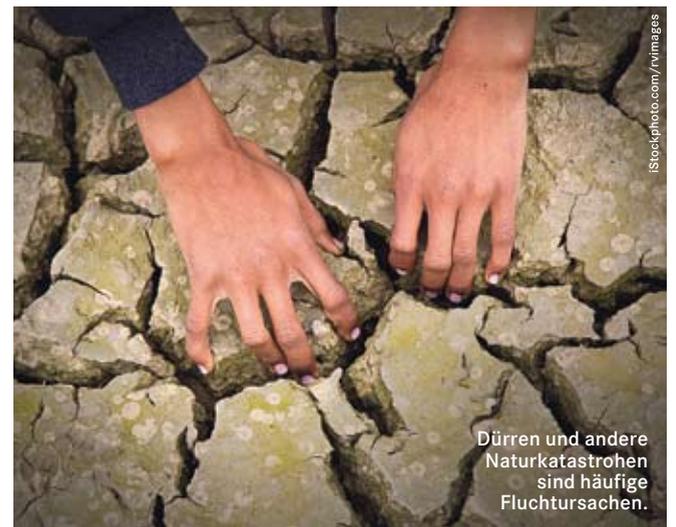
Klimaschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit – weltweit

Die Klimakrise ist eine der zentralen Gerechtigkeitskrisen der heutigen Zeit. Es geht schon längst nicht mehr nur um Eisbären. Von den 17 Jahren dieses Jahrtausends zählen 16 zu den heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Studien der UN belegen, dass bis zum Jahr 2050 geschätzte 200 Millionen Menschen auf der Welt vor den Folgen von Stürmen, Dürren oder Überschwemmungen flüchten werden. Daher ist der Ausstieg des US-Präsidenten Donald Trump aus dem Klimaschutz nicht nur eine Kriegserklärung an die Erde, sondern in der Konsequenz auch an die Lebensweise besonders der armen Menschen auf unserer Welt. Deutschland ist kein Klimaschutzweltmeister, sondern Weltmeister in Klimaheuchelei. Bundeskanzlerin Angela Merkel verfehlt die eigenen Klimaschutzziele deutlich. Sie torpediert alle Versuche, die deutsche Autoindustrie in der EU für ihre betrügerischen Abgasmanipulationen zu sanktionieren. Sie gibt

den Braunkohleleimern eine jahrzehntelange Verschmutzungsgarantie. Dabei sind es fossile Brennstoffe wie die Braunkohle, die den Klimawandel massiv vorantreiben. DIE LINKE will eine soziale Energiewende: **Statt großer Energiekonzerne wollen wir bürgernahe Energie in der öffentlichen Hand.** Wir werden die Strompreise stärker kontrollieren und für alle bezahlbar machen: mit Sozialtarifen für den Sockelverbrauch und höheren Preisen für Vielverbraucher. »Deswegen fragen wir von der LINKEN: Warum gibt es hierzulande noch kein ökologisch nachhaltiges Kohleausstiegsgesetz inklusive eines Strukturwandel-fonds zur sozialen Absicherung der im Braunkohletagebau Beschäftigten?«, so Katja Kipping, Vorsitzende der LINKEN. Neben Krieg und Verfolgung ist der Klimawandel eine der stärksten Fluchtursachen, vor allem in Teilen des afrikanischen Kontinents. Auch dieses Jahr wird die Anzahl ertrunkener Bootsflücht-

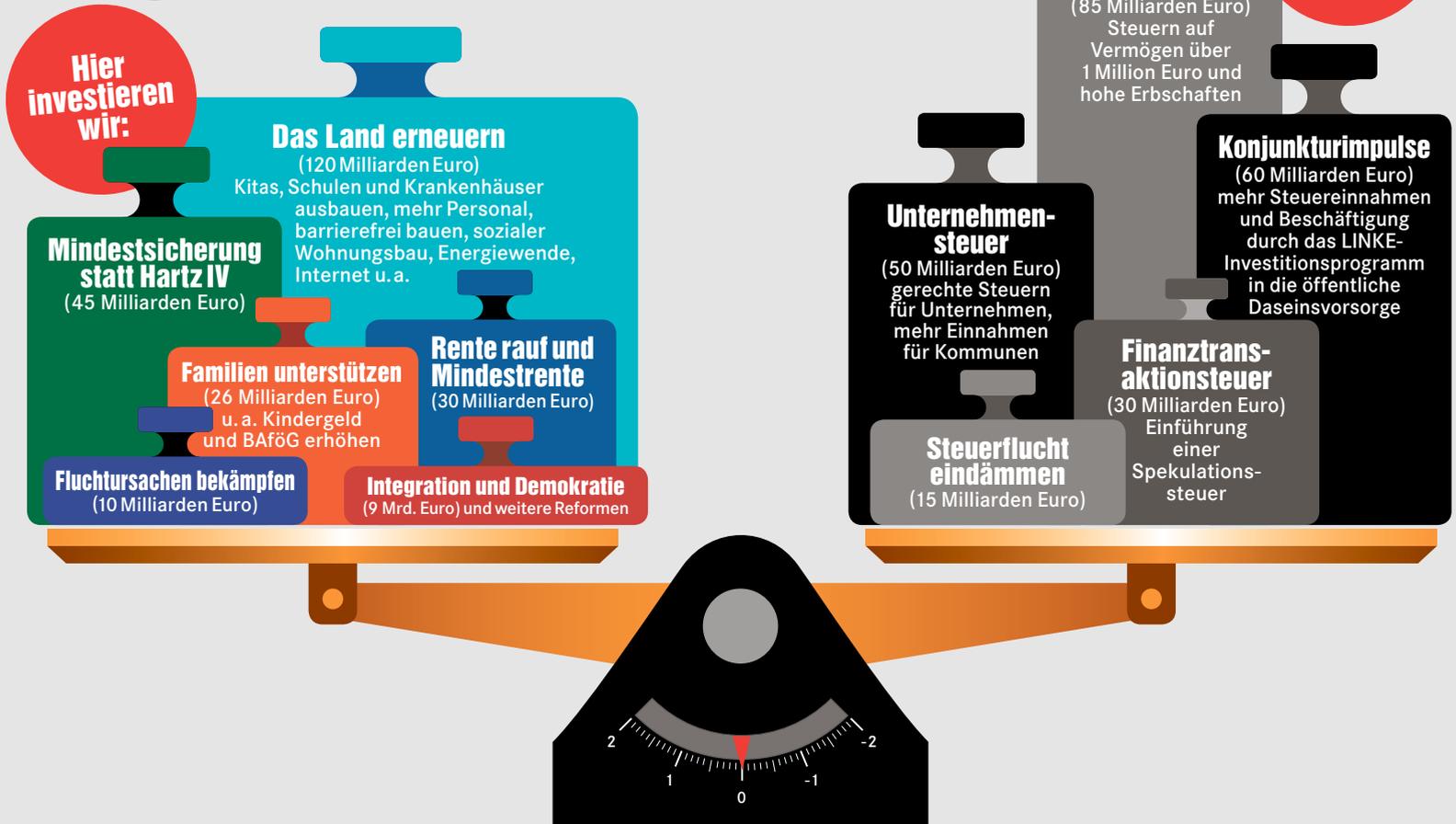
linge auf dem Mittelmeer dramatisch steigen. »Es gibt keinen wirksamen Klimaschutz ohne ein Mindestmaß an globaler Gerechtigkeit«, sagt Katja Kipping. »Nicht nur die Kriege in der Welt müssen enden. Wir brauchen faire globale Handelsbeziehungen.« Der Klimawandel macht an

keiner Grenze halt. Deswegen kann er auch nicht Land für Land eingedämmt werden. **Es gibt keinen Plan B für den Klimaschutz, weil es keinen Planeten B gibt.** Klimaschutz braucht ein wirkliches Umsteuern. Die Große Koalition ist dazu weder willens noch in der Lage.



Dürren und andere Naturkatastrophen sind häufige Fluchtursachen.

So finanzieren wir die gerechte Gesellschaft



Gerecht und gut für den Geldbeutel

Weniger Steuern auf kleine und mittlere Einkommen – mehr Steuern für die großen Fische

Die junge Ingenieurin, der selbstständige Web-Entwickler, die angestellte Lehrerin, der erfahrene Facharbeiter – sie alle verbindet, dass am Ende des Monats zu wenig Geld vom Einkommen übrig bleibt. Ein Grund: Sie werden durch die Einkommensteuer zu stark belastet. Die Mehrheit der Beschäftigten trägt den Großteil der Steuerlast. Gleichzeitig rechnen sich Superreiche und Konzerne bei den Steuern arm und nutzen jedes Schlupfloch mithilfe versierter Berater aus. Ihre Ein-

nahmen aus Kapitalanlagen werden zu einem niedrigen Satz von 25 Prozent versteuert (Abgeltungsteuer) und unterliegen nicht den ansteigenden Sätzen aus der Einkommensteuer.

DIE LINKE hat ein Steuerkonzept entwickelt, von dem die übergroße Mehrheit der Beschäftigten profitiert. Die Faustformel: **Wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient, wird entlastet.** Das gilt für Alleinstehende. Mit Kindern oder Unterhaltspflichten für andere ist die Entlastung höher. Für einen Angestellten mit einem monatlichen Bruttolohn von 1.700 Euro bedeutet das eine monatliche Entlastung von 127 Euro – auf das Jahr gerechnet entspricht das fast einem Monatslohn. Auch wer als Facharbeiterin ein gutes Einkommen bezieht, aber durch Kosten fürs Wohnen oder die Beiträge für den Kindergarten stark belastet ist, dem hilft unser Steuerkonzept. Bei 4.500 Euro Monateinkommen bleiben rund 210 Euro mehr im eigenen Portemonnaie. Jeden Monat. Bei Beschäftigten im Niedriglohnsektor reicht der Lohn kaum zum Leben. Es ist eine Frage der Menschenwürde, nicht noch das geringe Einkommen wegzubesteuern. Deshalb setzen wir den Steuerfreibetrag auf 12.600 Euro im Jahr hoch.

Die großen Entlastungen für die Menschen, die jeden Tag arbeiten gehen, sind möglich, weil DIE LINKE diejenigen stärker belastet, die reich und superreich sind und bislang vom Finanzamt bevorteilt wurden. Der Spitzensteuersatz ist nach 1999 gesenkt worden – von damals 53 auf heute 42 Prozent.

DIE LINKE will das rückgängig machen. Und Einkünfte aus Aktienbesitz genauso besteuern wie Einkommen aus Arbeit. Eigentum verpflichtet. Das Grund-

gesetz sieht eine Vermögenssteuer vor. 1995 hat das Bundesverfassungsgericht die damalige Form der Vermögenssteuer ausgesetzt. Der Grund war, dass Immobilienvermögen zu niedrig bewertet wurde. Der Auftrag lautete, diesen Fehler zu korrigieren. Das hat bislang jede Bundesregierung versäumt. Ohne Vermögenssteuer fehlen den Ländern die Mittel

für die notwendigen Investitionen in Schulen, für Kitausbau, Krankenhäuser und bezahlbare Wohnungen. Der Druck zu mehr Privatisierungen steigt. Das macht sich im Alltag von vielen Menschen bemerkbar, alles

wird teuer und funktioniert schlechter. DIE LINKE führt die Vermögenssteuer wieder ein: auf Vermögen oberhalb von 1 Million. Auch hohe Erbschaften sollen gerecht besteuert werden – ohne dass normales, selbstgenutztes Wohneigentum betroffen ist.

Gerechtigkeit ist auch eine Frage von Zahlen und von Steuern. **DIE LINKE schafft ein Steuersystem, das gerecht für alle ist:** das Entlastungen schafft für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen, aber Reiche und Vermögende, Unternehmen und Konzerne wieder angemessen zur Kasse bittet. Ein Steuersystem der sozialen Gerechtigkeit!



Was bedeuten die Tarife der LINKEN für Ihre Einkommensteuer und die Sozialabgaben?

- Bis 1.400 Euro im Monat brutto (Single): **keine Steuer**
- 2.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.733 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 4.000 Euro im Monat brutto (Single): **2.265 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 6.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.567 Euro weniger Steuern im Jahr**
- Familie, zwei Kinder, 42.000 Euro brutto im Jahr: **5.039 Euro weniger Steuern und Sozialabgaben im Jahr, mit Kindergeld**



Egreif Partei für eine bessere Zukunft!
Ja, ich möchte aktiv werden.

Vorname

Name

E-Mail

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

Ich bin bereits Mitglied der Partei DIE LINKE.

Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Datum

Unterschrift

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und ihren Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt, aufbewahrt und nur zum Zweck der Wahlwerbung für diese und weitere Wahlen bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet.

Einsenden/Kontakt:
DIE LINKE »Linksaktiv-Team«
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
linksaktiv@die-linke.de
Telefon: 030/24009-111
www.linksaktiv.de